

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,  
Raben & Comp., Rt. 1208.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
Gedr. Arnold, Dresden  
und Sägl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Woll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Restzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Kleingewerbe 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Goldpf.

Nr. 58

Dresden, Dienstag den 10. März 1925

36. Jahrg.

### Eine dringliche Anfrage Was geht mit den Deutschen Werken vor?

Wir haben uns bereits vor einigen Tagen mit dem geplanten Abbau der dem Reich gehörenden Werke beschäftigt. Jetzt gehen uns dazu von der Genossin Toni Sender noch folgende Ausführungen zu:

Schon seit einiger Zeit geht das Gerücht von bevorstehenden großen Veränderungen in den Deutschen Werken A. G. Deshalb interessiert uns dies Unternehmen ganz anders als andere Industrieunternehmen? So wird der eine oder der andere unter Leser vielleicht fragen. Die Deutschen Werke interessieren uns aus doppelten Gründen. Zunächst handelt es sich bei diesen umfassen, über das ganze Reich zerstreuten Betrieben um die verschiedenen ehemaligen Seezerbetriebe, und es war die schwierige Frage zu lösen, wie die bisher ausschließlich auf militärische Zwecke eingestellte Produktionsapparatur auf Friedensproduktion umgestellt werden könne. Grundsätzlich nicht minder wichtig aber war das zweite Moment: diese Produktionsstätten nicht der privaten Ausbeutung zu überlassen, sondern sie als Reichsbetrieb zu erhalten. Freilich, als gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, wie man sie bezeichnen zu können glauben, sind sie nicht anzupreisen, dafür fehlen nicht nur die Voraussetzungen im Charakter des Staates, sondern mehr noch die Vorbedingungen hinsichtlich der Verwaltung der Unternehmen, Mitwirkung der Arbeitenden usw. Aber dennoch bleibt wichtig die Tatsache, daß im Jahre 1919 die Nationalversammlung beschloß, die ehemaligen Seezerbetriebe, auf Friedenswirtschaft umgestellt, als Reichsbetriebe fortzuführen.

Über gerade dieser Umstand war ausschlaggebend dafür, daß die Privatindustrie von Anfang an den Deutschen Werken feindselig gegenüberstand, weil sie in ihnen eine unheimliche Konkurrenz erblickte, durch die ohnehin der Staat in die Lage gesetzt werden könnte, auf Grund eigener Erfahrungen eine Kontrolle der Preisbildung in der Privatwirtschaft durchzuführen, und weil in ihnen der Wunsch noch nicht erloschen ist, auf irgendeine Weise die zum Teil gut ausgestatteten Unternehmen einmal billig schlucken zu können.

Es scheint, daß hier schon lange hinter den Kulissen ein scharfer Kampf geführt wird. Und die private Konkurrenz scheint nunmehr, da der Rechtskurs das politische Steuer in Deutschland bestimmt, ihre Stunde für gekommen zu erblicken, um ihre egoistischen Ziele zu verwirklichen. Welche Bedeutung die Deutschen Werke haben, geht allein daraus hervor, daß sie ihre Arbeiterzahl von 10 000 auf 42 000 zu steigern vermocht hätten. Allerdings bohrt sich schon einige Zeit das nunmehr zur unmittelbaren Bedrohung Gewordene an: nacheinander wurden die Nürtinger und Lipsstädter Werke, das Hüttenwerk Siegburg und das Werk in Döhlen bei Rindeln stillgelegt. Und auffallend mußte bleiben, daß, obwohl schon monatelang diese Werke brachliegen, man noch keines bisher veräußern zu können vorgab.

Aber warum mußte diese Stilllegung überhaupt erfolgen? Etwas deswegen, weil die Umstellung auf Friedensarbeit nicht gelungen oder weil keine Aufträge vorlagen? Wirklichen! Was man schon seit einiger Zeit ahnte, nun wird es ganz offen von der bürgerlichen Presse ausgesprochen. Und die Leipziger Neuesten Nachrichten teilen nunmehr mit, daß, nachdem das Reich die zur Fortführung des Unternehmens erforderlichen 80 bis 70 Millionen nicht bewilligen will, man an eine teilweise Liquidierung der Deutschen Werke heranzutreten will. Wie die Gerüchte in Kreisen der Wirtschaft gehen, soll ein Teil der Betriebe an die Privatwirtschaft, die Werkunternehmungen indessen an — das Reich veräußert werden!

Und wir füllen uns weiterhin auf die Leipziger Neuesten Nachrichten, wenn wir mitteilen, daß man nicht nur gute Erfolge mit der Motorradfabrikation im Werk Haffelsdorf, mit dem Bau von Großdieselmotoren in Kiel, mit Spinnereimaschinen in Jugostrand und einem umfangreichen Bauprogramm für landwirtschaftliche Maschinen in Spandau und Mühlentzelle hatte. Der durchschlagendste und technisch bedeutendste Erfolg aber war die Konstruktion der auf der letzten Berliner Automobil-Ausstellung Aufsehen erregenden Automobile, die wegen ihrer Ausstattung und Billigkeit eine Sensation bildeten. Wörtlich schreibt darüber das erwähnte Blatt:

„Hier scheinen es höchstens Widerstände aus der Privatindustrie gewesen zu sein, die die Aufnahme der Serienfabrikation verhindern, wie überhaupt hinter den Kulissen sich manches abspielt haben muß, was die Verwaltung nicht ausspricht und in der Öffentlichkeit nicht bekannt wurde.“

Und weiter heißt es an anderer Stelle:  
„Man will, nachdem das Reich seine Hilfe verweigert hat, die unternehmen Betriebe veräußern, d. h. das Gesamtvermögen der Deutschen Werke lockern, wenn nicht gar zerlegen. Die unbedingt notwendigste dieses Planes ist nicht einzusehen.“

Es bleibt im höchsten Maße verwunderlich, daß das Reich sich nun plötzlich entschlossen hat, seine eigenen Betriebe aufzugeben und in die Hände der Privatindustrie zu lassen. Die gegen früher gehegte Finanzpolitik des Reiches kann doch gewiß nicht als Grund für dieses Vorgehen angeführt werden. ... Der Verdacht ist nahegelegt, daß das Finanzministerium absichtlich privatisierungswilligen Einflüssen, d. h. der konkurrierenden Privatindustrie, deren Schwächen sich die Deutschen Werke ja nie erheut haben, entgegen ist.“

Wenn schon ein so rechts gerichtetes Blatt wie das erwähnte Leipziger Organ auf das Ungeheuerliche dieser sich

im Schatten der russischen abspielenden Vorgänge hingewiesen hat, so ist in ihm so höherem Maße Pflicht der sozialistischen Presse, mit allem Nachdruck vollste Aufklärung zu fordern! Sondern es sich hier doch um einen Schritt der Allgemeinheit, mit dem wir nicht schuldlos übersehen lassen dürfen.

Wir richten darum an die Regierung folgende Fragen:

1. Wie kommt es, daß das Reich in kurzer Zeit 700 Millionen für die Industrie aus dem Reichsbudget herauszugeben muß, während diese Summe und noch nicht einmal den gesamten Teil dieser Summe, und zwar nicht einmal als Geschenk, sondern lediglich als Kredit, für seine eigenen produktiven Betriebe übrig hat?
2. Wie kommt es, daß das Reich es ablehnt, den Deutschen Werken direkt irgendwelchen Kredit einzuräumen, dagegen bereit zu sein scheint, die Werkunternehmungen der Deutschen Werke käuflich zu erwerben? Woher sollen in erster Linie die Mittel, die bei der zweiten Eventualität plötzlich zur Verfügung stehen?
3. Wie kommt es, daß das Reich aus den Mitteln der produktiven Gewerkschaften den deutschen Werken ein zusätzlich fast unbedingtes Darlehen von 50 Millionen zu geben imstande war, es aber ablehnt, aus dem gleichen Fonds der produktiven Gewerkschaften auch nur einen Teil dieser der Privatwirtschaft zugute kommen Summe seinen eigenen Werken als Darlehen zu bewilligen?

Wir erwarten zunächst die Antwort der Reichsregierung, erklären aber heute bereits, daß wir diese folgenreichere Angelegenheit nicht länger verunsichern lassen werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was mit dem Gut der Allgemeinheit geschieht!

### Demokratischer Sammelruf

Im Lager der Schwarzweißrotten wird bereits auf Herrn Dr. Jares getarnt; die „Zeit“ gibt ihn schon als Kandidaten aus, ehe er offiziell auf den Schild gehoben worden ist. Am Dienstag wird das Zentrum eine vorläufige Entscheidung über keinen Kandidaten zur Reichspräsidentenschaft fällen. Am Mittwoch wird dann der Parteiausschluß der Zentrumspartei diese vorläufige Entscheidung sanktionieren und mit dem Kandidaten vor die Öffentlichkeit treten. Es besteht innerhalb der Zentrumspartei eine allgemeine Stimmung für die Kandidatur Marx und es ist anzunehmen, daß die Spitze der Partei unter Berücksichtigung dieser Auffassung ihre Entscheidung fällen. Man kann also damit rechnen, daß Marx wenigstens im ersten Wahlgang als offizieller Kandidat der Zentrumspartei für die Reichspräsidentenschaft nominiert wird. Damit ist nicht gesagt, daß die Kandidatur Stegerwald schon vollkommen erledigt ist. Die Bemühungen der Rechten gingen z. B. auch am Montag dahin, das Zentrum für eine gemeinsame Kandidatur Stegerwald zu gewinnen, und es gibt gewisse Zentrumskreise, die sich ebenfalls eifrig in diesem Sinne betätigen.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen auch zu der Reichspräsidentenwahl Stellung genommen und den Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen folgenden Brief übermittelt:

„Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufspaltung der alten verhängnis-

## Der Politiker Otto Braun

In der demokratischen Leipziger Zeitung finden wir eine Würdigung des Genossen Otto Braun, die, wie die Redaktion des Blattes bemerkt, von einer Persönlichkeit stammt, die lange Zeit Gelegenheitsarbeit, seine Tätigkeit in der Nähe zu beobachten. In diesem nach dem Austritt Brauns von der preussischen Ministerpräsidentenschaft geschriebenen Artikel heißt es u. a.:

„Überaus schnell hat er sich den Anforderungen angepasst, die ein mit ständig wachsendem Schwierigkeitsgrad verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Dietrich, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, ist noch der temperamentvolle Streiter, der Zwischenfälle veranlaßte und — oft auch in sich selbst spitzfindiger Auslegung gegen Fraktionen im Kabinett — unbeschränkt seiner Verhöhnung die Zügel schwingen ließ, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der Großen Koalition ein

Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichen Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und scharfen Urteile.“

Man hat Otto Braun oft mehr als energisch, hat ihn brutal genannt. Und in der Tat, dieser Mann, dem der Krieg seinen einzigen Sohn geraubt hat und der seitdem wohl noch etwas verschlossener und äußerlich kälter geworden war, als es ohnehin seiner ruhigen und zurückhaltenden streifenreichen Art entsprach, konnte oft, wenn er etwas durchsetzen wollte, eine Zielbewusstheit und Hartnäckigkeit an den Tag legen, die den brutalen Anstrich nicht entbehrte. Aber es war doch stets eine brutale Energie, die dadurch erträglicher wurde und verständlicher wirkte, daß sie stets nur einer Sache, einer Idee dienste und außerdem niemals den bei Otto Braun alles beherrschenden Intellekt auszuscheiden vermochte. Otto Braun diente seinen Ideen mit einer Energie, von der man nur sagen kann, daß hätte alle republikanischen Politiker und Minister etwas davon gehabt, wie heute um die Republik nicht in Sorge zu sein brauchten. Er kämpfte für den republikanischen Gedanken und für soziale Gerechtigkeit. Aus den Jahrzehnten seines Kampfes in der agrarpolitischen Bewegung, als Kämpfer insbesondere der Forderung der Landarbeiterbefreiung, brachte dieser Opfergabe, der Stimmungsgeheimnis feilscht sehr fest im Boden seiner Heimat wurzelt — trotz der vielen Jahre, die er im politischen Kampfe auch im Rheinland verbrachte — ein hartes Kampfgewicht gegen das durch und durch unsoziale spekulative Großkapitalismus mit. Sein heftiger Streit gegen den Reichslandbund, der im Landwirtschaftsministerium Braun mit sicherem Instinkt den gefährlichen Feind an Goshenner erkannte, sein scharfes unerhödetes Auftreten gegen den Sturm der Reaktion auf allen Gebieten zeigten, daß dieser Mann nicht, wie so manche andre, in der Zeit seiner Ministerpraxis das vergessen oder gar verleugnet hatte, was ihm dorthin Leitfaden seines Lebens war. Der große Erfolg der Landarbeiterbefreiung ist denn auch das Werk dieses Mannes gewesen. Schon in Weimar hat er den Deutschnationalen zugehört, daß er, der nicht wie die künftigen preussischen Landwirtschaftsminister nach der Pfeife der Großgrundbesitzer tanzen wolle (und den sie deshalb den „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten), falls darauf sei, von ihnen geholt, aber dafür der Vertreibung des Reichslandmannes bis dahin gefesteter Landarbeiter zu sein.

Otto Braun, der zu seinem ersten Amte als Landwirtschaftsminister neben den Kommissaren, die er sich in jahrelanger Tätigkeit als Agrarreferent seiner Partei erworben hatte, nicht zuletzt auch seine scharfe und tiefe verständnisvolle Liebe zum deutschen Volke und zur Natur überhaupt geeignet machte — Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und scharfe Verteidiger und Ausbau der republikanischen Position, der oft genug auch in kritischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflusst hat. Er wählte auch den Staat zu repräsentieren. Ein trotzdem nie in Selbstüberhebung aufstrebendes Selbstbewußtsein, eine körperlich imponierende Erscheinung, die Kunst, Distanz zu halten, und seine persönliche Untadelbarkeit, an die auch in dieser belebungsdreichen Zeit kein Schmutzspekulationen herankam — all das stemmte ihm zum wirklichen Regierungschef, der nicht gezwungen oder linksin, sondern mit geliebtester Selbstverständlichkeit auftrat und Respekt erzwang.

Otto Braun ist nun zunächst in den Hintergrund getreten. Sein langjähriger und treuer Arbeitskollege Seegering hat das für den schwer Arbeitenden letzte Opfer gebracht, zu bleiben. Darüber aber dürfte in den republikanischen Parteien kaum ein Zweifel bestehen, daß die deutsche Republik sich den Luxus nicht lange gestatten kann, einen Mann wie Braun in die relative Ruhe der Fraktionspolitik, in die vorwiegend kritische oder oppositionelle Arbeit zu verweisen. Braun, der durchaus konstruktive politische Kopf, der kluge, bedachte und charaktervolle Mann, ebenso wie Seegering, einer der besten Repräsentanten der geliebten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung und ein Beweis für die in ihr schlummernden Möglichkeiten, muß bald wieder synthetische Arbeit am demokratischen Weltstand leisten können.“



O. KOSTER

Staatsmännisches Geschick und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander strebenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein gewiegter Diplomat auch der außereuropäischen alten Schule hätte erreichen können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbareren Stellen stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreizehner Jahre der Koalitionspolitik breiter republikanischer Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der fast schon anstrebenden Geduld nach rechts bildeten, höchstens demokratischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätte. Und wenn gerade von führender völksparteilicher Seite noch in den Hauptausgleichsverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß wenn in den Novemberwahlen 1923 das Reichsgesetz nicht in einer gewissen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Stetigkeit und Zielbewusstheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liegt darin für Braun, der seine hohe Schule der Diplomatie abschloß, keine theoretischen Staatsrechtlichen Studien hätte treiben können, die nachdrücklich